

### **UNSER BÜRGERRECHTSAUFTRAG**

Die Dienststelle des US-Bundesanwalts für den Bezirk South Carolina setzt sich dafür ein, die Bürger- und Grundrechte aller Amerikaner und Amerikanerinnen aufrechtzuerhalten, insbesondere die Rechte einiger der wehrlosesten Mitglieder unserer Gesellschaft.

### **SO REICHEN SIE EINE BESCHWERDE EIN**

Wenn Sie glauben, Opfer von Diskriminierung geworden zu sein oder dass Ihre Bürgerrechte verletzt wurden, können Sie bei der Dienststelle des US-Bundesanwalts eine schriftliche Beschwerde einreichen.

Auf dem Postweg: U.S. Attorney's Office,  
District of South Carolina,  
Attn: Civil Rights Program,  
1441 Main Street,  
Suite 500, Columbia, SC 29201

E-Mail: [USASC.CivilRights@usdoj.gov](mailto:USASC.CivilRights@usdoj.gov)

### **Kontaktieren Sie die Abteilung für Bürgerrechte im US-Justizministerium**

Füllen Sie das Online-Formular aus:  
<https://civilrights.justice.gov/report/>

Rufen Sie bei der Abteilung für Bürgerrechte an:  
202-514-3847  
1-855-856-1247 (gebührenfrei)  
202-514-0716 (TTY (Schreibtelefon))

### **Kontaktieren Sie die Strafverfolgungsbehörden**

Wenn Sie glauben, Opfer oder Zeuge eines Hassverbrechens oder einer anderen strafrechtlichen Verletzung Ihrer Bürgerrechte geworden zu sein, fordern wir Sie auf, Ihre örtliche Polizei- oder Strafverfolgungsbehörde zu kontaktieren und/oder den Vorfall dem FBI unter der Nummer 1-800-CALL-FBI zu melden oder unter [tips@fbi.gov](mailto:tips@fbi.gov) einen entsprechenden Hinweis abgeben.  
Sie können gerne auch anonym bleiben.

### **Dienststelle des US-Bundesanwalts Bezirk South Carolina Bürgerrechtsprogramm**

### **BÜRGERRECHTE- KOORDINATOREN:**

Johanna Valenzuela (Zivilrecht)  
Ben Garner (Strafrecht)

### **Auf den folgenden Websites finden Sie nähere Informationen:**

<https://www.justice.gov/usao-sc/civil-rights>

<https://www.justice.gov/crt>

<http://www.ada.gov/>

<https://www.justice.gov/hatecrimes>

<http://www.fbi.gov>



E-Mail: [usasc.civilrights@usdoj.gov](mailto:usasc.civilrights@usdoj.gov)

Twitter: [https://twitter.com/USAO\\_SC](https://twitter.com/USAO_SC)

### **DIENSTSTELLE DES US- BUNDESANWALTS BEZIRK SOUTH CAROLINA**

### **DURCHSETZUNG VON BÜRGERRECHTEN**



### **ADAIR F. BOROUGHS US-BUNDESANWÄLTIN**

1441 MAIN STREET, SUITE 500  
COLUMBIA, SOUTH CAROLINA  
29201

TEL. : (803) 929-3000

FAX : (803) 733-5966

# BÜRGERRECHTSPROGRAMM

## GESETZE, DIE DURCHGESETZT WERDEN

Das US-Justizministerium ist dafür zuständig, Fälle vor Gericht zu bringen, die unter eine Reihe verschiedener Bundesgesetze fallen, u. a. die folgenden:

- Americans with Disabilities Act (ADA) – Gesetz zum Schutz von Amerikanern mit Behinderungen
- Fair Housing Act (FHA) – Wohnungsrechtsgesetz
- Voting Rights Act - Wahlrechtsgesetz
- Equal Credit Opportunity Act (ECOA) – Gesetz über die Gleichstellung von Darlehensnehmern
- Titel IV, Titel VI und Titel VII des Civil Rights Act of 1964 – Bürgerrechtsgesetz
- Uniformed Services Employment and Re-employment Rights Act (USERRA) – Gesetz zum Schutz ziviler Beschäftigungsverhältnisse von Mitgliedern der Streitkräfte
- Servicemembers' Civil Relief Act (SCRA) – Gesetz zum Schutz von Mitgliedern der Streitkräfte in finanziellen oder juristischen Angelegenheiten
- Titel IX der Education Amendments of 1972 – Antidiskriminierungsgesetz in Verbindung mit vom Bund finanzierten Programmen
- Civil Rights of Institutionalized Persons Act of 1980 (CRIPA) – Gesetz zum Schutz der Bürgerrechte von Menschen in staatlich betriebenen Einrichtungen
- Equal Educational Opportunities Act (EEOA) – Gleichstellungsgesetz im Bildungssektor
- Freedom of Access to Clinic Entrances Act of 1994 (FACE) – Gesetz zum Schutz des unbehinderten Zugangs zu Kliniken, die Leistungen in Verbindung mit sexueller und reproduktiver Gesundheit erbringen
- Religious Land Use and Institutionalized Persons Act (RLUIPA) – Gesetz gegen die Diskriminierung von religiösen Einrichtungen und Institutionen bei der Flächennutzung
- Deprivation of Rights under Color of Law – Diskriminierender Entzug von Rechten durch Amtsträger
- Shepard Byrd Hate Crimes Prevention Act – Gesetz zur Prävention von Hasskriminalität

## BEHINDERTENRECHTE

Der „Americans with Disabilities Act (ADA)“ verbietet jegliche Diskriminierung auf der Basis einer Behinderung in verschiedenen Bereichen, darunter bei Beschäftigungsverhältnissen, im Transportwesen, bei Aktivitäten einzelstaatlicher und kommunaler Verwaltungen, an öffentlichen Orten und in der Telekommunikation. Das Justizministerium ist befugt, bei Beschwerden Ermittlungen anzustellen, Konformitätsprüfungen zur Sicherstellung der Barrierefreiheit durchzuführen und Gerichtsverhandlungen anzustrengen und in diese einzugreifen.

## GERECHTE VERGABE VON WOHNRAUM UND DARLEHEN

Der „Fair Housing Act“ und „Equal Credit Opportunity Act“ verbieten diskriminierende Praktiken bei der Vergabe von Wohnraum und Hypotheken auf der Basis von Migrationshintergrund, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Geschlecht, nationaler Herkunft und Familienstand. Das Justizministerium ist befugt, Klage zu erheben, wenn es ein Muster oder eine Praxis unrechtmäßigen Verhaltens feststellt oder die betreffende Angelegenheit von Bedeutung für die breite Öffentlichkeit ist. Des Weiteren kann das Ministerium im Namen privater Bürger und Bürgerinnen auf deren Wunsch den Rechtsweg beschreiten, wenn das Department of Housing and Urban Development (Ministerium für Wohnen und Städteplanung, HUD) einen hinreichenden Verdacht für ein Fehlverhalten erkennt. HUD-Beschwerden können auf [www.hud.gov](http://www.hud.gov) eingereicht werden.

## BILDUNGSMÖGLICHKEITEN

Zur Gewährleistung gleicher Bildungschancen für alle Schüler und Schülerinnen untersucht das Justizministerium Behauptungen, wonach Schulbezirke Schülern und Schülerinnen, die die englische Sprache erlernen, keine angemessenen Dienstleistungen bieten, um Sprachbarrieren zu überwinden. Das Ministerium kann ferner Anschuldigungen von Diskriminierung, einschließlich Belästigungen und des Ergreifens diskriminierender Disziplinarmaßnahmen auf der Basis von Migrationshintergrund, nationaler Herkunft, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, und Behinderungen an Grund- und Sekundarschulen sowie an staatlichen Colleges und Universitäten untersuchen.

## POLIZEILICHES FEHLVERHALTEN

Das Justizministerium ist befugt, bei bestimmten Verhaltensmustern oder Praktiken von Strafverfolgungsbehörden, die eine Verletzung der Bundes- und Grundrechte Einzelner zur Folge haben, Ermittlungen durchzuführen.

## REPRODUKTIVE RECHTE

Der „FACE Act“ schützt Menschen vor körperlicher Einschüchterung, Bedrohungen und Gewalt, wenn sie reproduktive Gesundheitsversorgung, einschließlich in Abtreibungskliniken und bei Anti-Abtreibungs-Beratungsdiensten, in Anspruch nehmen oder diese anbieten.

## BÜRGERRECHTE VON MENSCHEN IN STAATLICH BETRIEBENEN EINRICHTUNGEN

Der „Civil Rights of Institutionalized Persons Act von 1980 (CRIPA)“ befugt das Justizministerium, die Bedingungen an bestimmten von einzelstaatlichen und kommunalen Verwaltungen betriebenen Einrichtungen zu untersuchen, darunter Einrichtungen für Personen mit psychiatrischen oder Entwicklungsstörungen, in Pflegeheimen, Jugendstrafanstalten und Haftanstalten und Gefängnissen für Erwachsene.

## RECHTE VON MITGLIEDERN DER STREITKRÄFTE

Der „Uniformed Services Employment and Re-employment Rights Act von 1994 (USERRA)“ verbietet Diskriminierung und Vergeltungsmaßnahmen auf der Basis des Dienstes in den Streitkräften und erfordert u. a., dass Arbeitgeber Personen im Anschluss an ihren Militärdienst unter bestimmten Bedingungen und mit angemessenen Beförderungen wieder in ihr ziviles Beschäftigungsverhältnis aufnehmen.

## RELIGIOUS LAND USE AND INSTITUTIONALIZED PERSONS ACT (RLUIPA)

Die Flächennutzungsbestimmungen des „Religious Land Use and Institutionalized Persons Act of 2000 (RLUIPA)“, 42 U.S.C. §§ 2000cc ff. schützen natürliche Personen, Gotteshäuser und andere religiöse Einrichtungen vor Diskriminierung im Bauplanungsrecht und in Denkmalschutzgesetzen.

## STRAFRECHT

Das Justizministerium untersucht und verfolgt strafrechtliche Verstöße gegen Bürgerrechte einschließlich Hassverbrechen, der vorsätzlichen Aberkennung von Grundrechten durch Amtsträger, des Menschenhandels, der Behinderung des Zugangs zu reproduktiver Gesundheitsversorgung und bestimmter Wahlbehinderungen infolge von Migrationshintergrund, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder nationaler Herkunft.